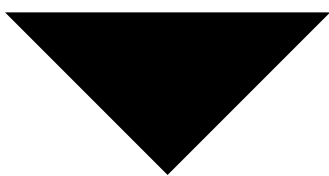


MALER aktivell



Warum eine neue Maler-Zeitung?

Weil die Zeit dafür reif ist! AMLD-Geschäftsführer
Mathias Griesbach über Aufbruchstimmung

Vor beinahe 20 Jahren hielt der damalige Bundespräsident Roman Herzog seine berühmt gewordene Rede. Es müsse ein Ruck durch Deutschland gehen, sagte er im April 1997. Der deutsche Bürokratismus schien bereits damals dem Bundespräsidenten ein Hindernis für den Aufbruch ins 21. Jahrhundert zu sein. Wer neue Wege gehen wolle, drohe in einem Wust von wohlmeinenden Vorschriften zu ersticken, kritisierte Herzog. Mut oder Selbstvertrauen schienen unserem Ersten Mann im Staat im Vergleich zum Ausland abhandengekommen zu sein; es fehle den Deutschen an Schwung zur Erneuerung, an Bereitschaft, Risiken einzugehen oder daran, eingefahrene Wege verlassen zu wollen.

Schon damals galten im Malerhandwerk allgemeinverbindliche Tarifverträge. Sie gewährleisteten auch heute noch unseren Branchen-Mindestlohn und weitere liebgewordene Arbeitsbedingungen. Durchaus viel Gutes. Allerdings wurden im Tarifgeflecht auch einige Institutionen „erfunden“, die heute sicher einer Erneuerung bedürfen. Deshalb gibt es ab sofort die Malerzeitung. Sie will aufklären und Transparenz schaffen.

Weil der AMLD den Eindruck gewonnen hat, dass viele Malerkollegen einem schon von Roman Herzog als falsch erkannten Reflex aufsitzen: Nämlich aus Angst vor Veränderungen lieber nichts zu hinterfragen. Im Malerhandwerk muss aber Aufklärungsarbeit geleistet werden. Es muss beleuchtet werden, ob beinahe ein halbes Jahrhundert nach Einführung des Beitragssystems der „Malerkasse“ ein damit verbundener



Bürokratismus - einschließlich jährlich etwa 8000 Rechtsstreitigkeiten beim Arbeitsgericht Wiesbaden „Urlaubskasse Maler gegen Malerbetrieb xy“ heute für alle Malerbetriebe noch Sinn macht. Nur weil sich alle Kollegen daran gewöhnt zu haben scheinen.

Kaum ein Malermeister scheint ernsthaft bereit, Veränderungen zu fordern. Jeder Maler-Arbeitgeber sollte es doch im Idealfall selber in der Hand haben, zu entscheiden, ob sein Unternehmen am Beitragssystem der Malerkasse teilhaben soll oder nicht. Die uns per Allgemeinverbindlichkeitserklärung durch die Bundesregierung auferlegte Zwangsmitgliedschaft in der Malerkasse gehört politisch auf den Prüfstand!

Die Maler-Zeitung wird Empörung ans Licht heben darüber, dass der zwangs-

verpflichtete Mitgliedsbetrieb keinen Einfluss hat auf die Beitragsgestaltung, Mitarbeiteranzahl oder die Gehälter in der Malerkasse. Eine Einrichtung, die aber von uns Malern finanziert wird, und welche von den Tarifpartnern - heute mutmaßlich ohne die Grundlage einer demokratisch legitimierten Mehrheit zumindest auf Arbeitnehmerseite - unter dem Deckmantel eines vermeintlichen öffentlichen Interesses der Politik als notwendig präsentiert wird.

Der AMLD fragt: Ist sie es für alle Maler-Arbeitgeber? Und: Ist sich denn jeder Malergeselle bewusst, dass seine monatliche Altersrente, für die bei der Zusatzversorgungskasse für Maler eingezahlt worden ist, an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen gebunden ist, also nicht „von allein“ gezahlt wird?

Der AMLD wird ab sofort aufklären. Vierteljährlich. Und wir wollen uns einmischen in die Handwerks- und Tarifpolitik. Wir wollen Mitglieder gewinnen, indem wir uns für die Branche einsetzen und mit unserer Zeitung scheinbar unangreifbare Pfründe hinterfragen. Weil es sonst niemand mehr zu tun scheint. Wir müssten Abschied nehmen von liebgewordenen Besitzständen, sprach Bundespräsident Roman Herzog bereits im Jahre 1997. Er meinte wohl nicht direkt die Maler als er sagte „... alle müssen mitmachen“. Aber er könnte uns gemeint haben.

Also: Machen SIE jetzt mit - und lesen SIE unsere Malerzeitung. Viel Spaß!

Themen dieser Ausgabe

Seite 1

► Warum eine neue Maler-Zeitung?

Seite 2

► Noch keine Lohninheit

Seite 3

► Nahles neue Zeitarbeit

Seite 4

► AMLD – Mitglieder im Portrait

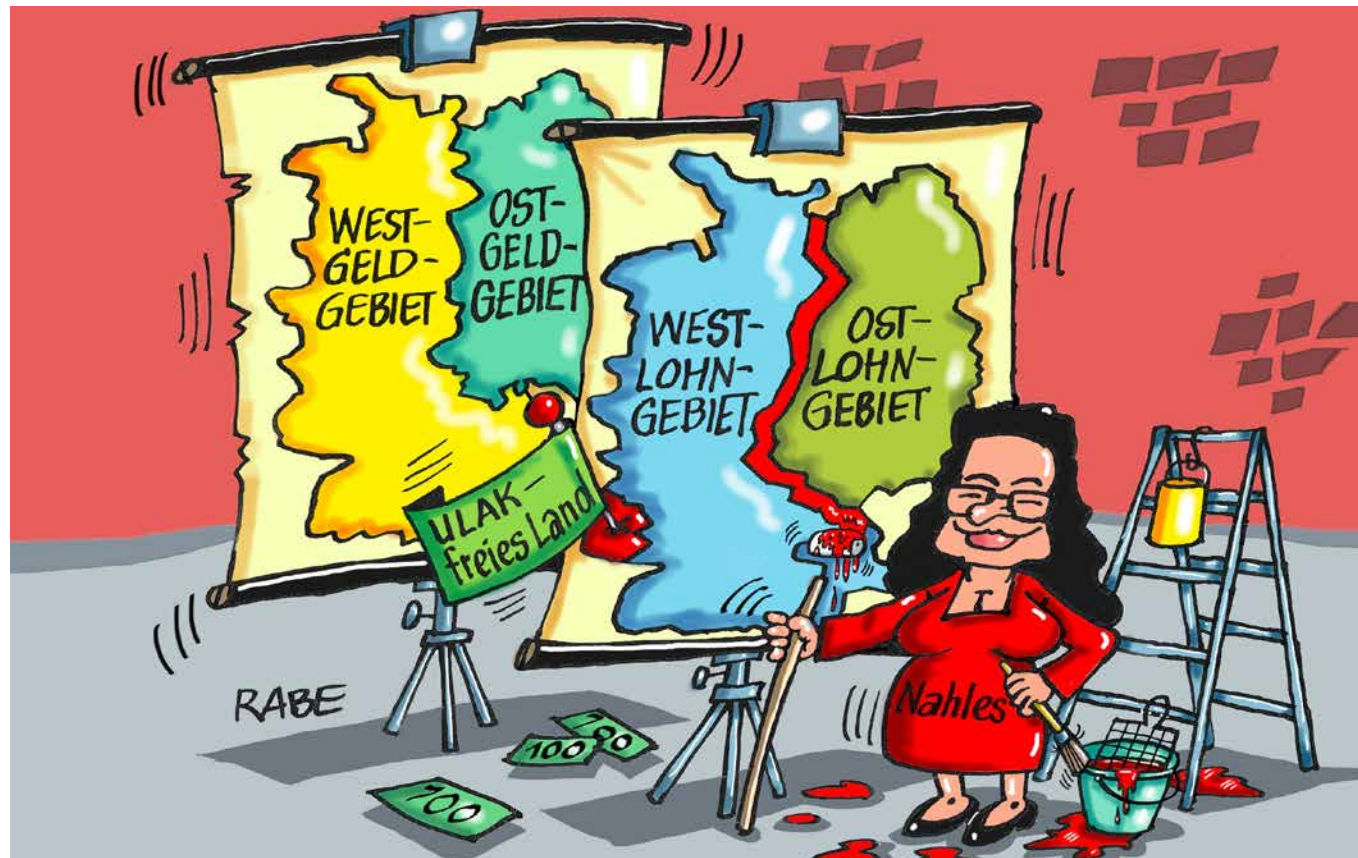
Noch keine Lohneinheit

Warum die Arbeit im Osten nicht preiswerter bleiben darf

Tarifverhandlungen sind nicht nur ein Ritual, sondern auch ein Stück Zukunft. Sie geben den Tarifpartnern die Möglichkeit, in relativ kurzen Abständen gemeinsam eine Perspektive für die Firmen und ihre Mitarbeiter zu gestalten. Das ist keine leichte Aufgabe: Es muss auf die Bedürfnisse der Großen eingegangen und dabei dürfen die kleinen Firmen nicht überfordert werden. Im Maler- und Lackiererhandwerk sind die Tarifverhandlungen für die bundesweit rund 140.000 Maler und Lackierer in den letzten Jahren zu Verhinderungsrunden geworden. Vor allem beim Lohn gehen die Meinungen des Bundesverbandes Farbe, Gestaltung, Bautenschutz und der Industriegewerkschaft Bau weit auseinander, und ganz besonders beim Lohn für die ostdeutschen Fachkräfte. Dieser liegt nämlich im Jahr 26 der Deutschen Einheit immer noch unter der Westmarke.

Wie kann das sein? Und vor allem: Wie wirkt sich das in einer Branche, in der die Unternehmen mal im Osten und mal im Westen arbeiten, aus? Arbeitet eine sächsische Malerfirma beispielsweise in Plauen, so erhalten die Mitarbeiter Ostlohn. Erledigen die Mitarbeiter Aufträge im nur wenige Kilometer von Plauen entfernten Hof, dann erhalten sie Westlohn. Der sächsische als auch der bayerische Auftraggeber erwarten Qualität. Aber die Arbeit der Maler und Lackierer ist im Osten weniger wert als im Westen.

Warum ist das so? Man könnte meinen, der Osten hat finanziell noch nicht zum Westen aufgeholt, die Auftraggeber können sich den Westlohn einfach noch nicht leisten. Das stimmt aber nur teilweise. Fakt ist, dass es im Osten viele kleine Firmen gibt mit durchschnittlich vier Beschäftigten. Sie produzieren oder erbringen Dienstleistungen. Sie erbringen aber kaum Innovationen und entwickeln sich daher nicht in dem erforderlichen Maß weiter. Andererseits gibt es Unternehmen, die Tariflohn und entsprechende Sozialleistungen zahlen. Und im öffentlichen Sektor gibt es reiche Kommunen und solche mit einem hohen Defizit. Das ist aber kein Ostphänomen,



das gibt es auch im Westen. Wenn es um die Entlohnung geht, wird ein wichtiger Aspekt jedoch meistens vergessen, der Nachwuchs. Die jungen Leute schauen heutzutage sehr genau hin und wichten, wo sie ein gutes Auskommen haben und wo die Voraussetzungen für eine Familiengründung gegeben sind. Für das Maler- und Lackierergewerk haben die jungen Leute offenbar entschieden, dass es nicht zukunftsträchtig ist. Das Gewerk hat die meisten Lehrabbrecher und wer die Lehrzeit absolviert hat, der wandert häufig in einen anderen Beruf ab.

Was also tun? Der Tarifunterschied muss weg! Der AMLD setzt sich seit längerem für eine bundesweite Tarifeinheit ein. Einige Mitgliedsfirmen gehen mit gutem Beispiel voran und zahlen ihren Mitarbeitern, egal auf welcher Baustelle sie sich befinden, hundert Prozent Westlohn. Dieses gute Beispiel soll anstecken und auch die jungen Leute dafür sensi-

bilisieren, dass der Malerberuf attraktiv und gut bezahlt und vor allem ein Zukunftsjob ist.

Im Moment gibt es eigentlich keine Ausreden für die ostdeutschen Firmen, um Westlohn zu zahlen. Die Baubranche erlebt derzeit einen Boom. Der Wirtschaftsbau entwickelt sich gut. Und auch durch die geplanten Sozialwohnungen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen wird dieser mindestens mittelfristig anhalten.

Der AMLD als Arbeitgeberverband der Branche setzt sich für die sofortige Angleichung der Löhne ein. Sie ist ein Stück Zukunft für die ostdeutsche Malerbranche. Mit über einhundert Mitgliedern ist der AMLD jedoch der IG Bau für Verhandlungen noch nicht repräsentativ genug. „Wir befinden uns in einem guten Dialog mit

der Gewerkschaft und hoffen, dass wir bald die Geschicke der Branche mitgestalten können“, sagte AMLD-Vize Hilmar Steinert. Ein bundeseinheitlicher Lohn ist Zukunftspolitik.



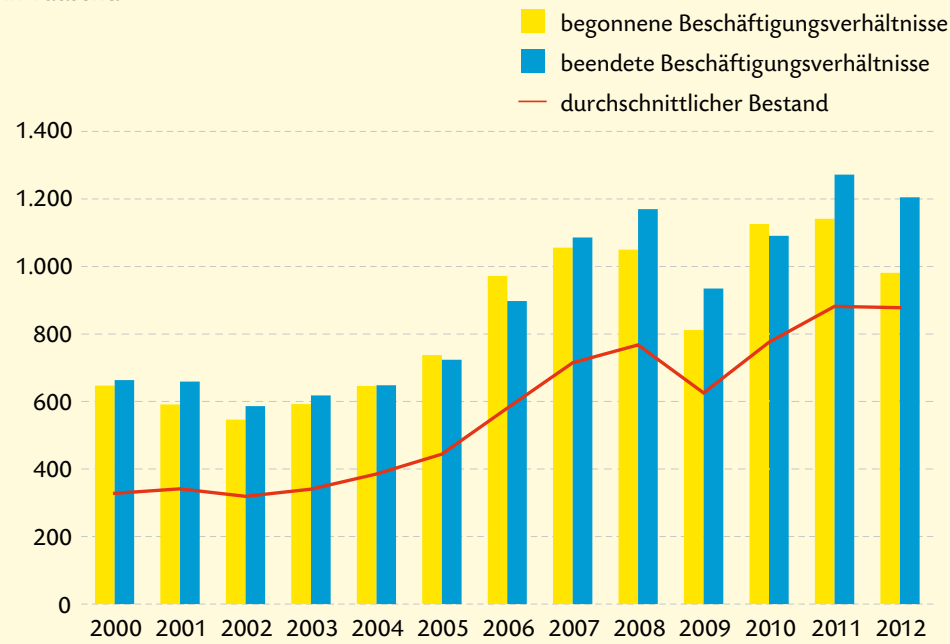
Der Tarifunterschied muss weg – Die Zeit ist Reif!

Nahles neue Zeitarbeit

Das Gesetz nimmt der Wirtschaft die Flexibilität

Beschäftigungsverhältnisse in der Zeitarbeitsbranche 2000 bis 2012

in Tausend



Quelle: Arbeitnehmerüberlassungsstatistik (ANÜSTAT), eigene Darstellung.

© IAB

Zwei Mitarbeiter machen den gleichen Job, arbeiten nebeneinander. Einer der beiden verdient mehr und genießt zudem bessere Sozialleistungen. Gibt's nicht? Doch, so funktioniert Zeitarbeit. Sie bringt den Firmen bei Auftragsspitzen Flexibilität. Zeitarbeiter sind meist nur kurze Zeit in einem Unternehmen, die Statistik spricht von durchschnittlich drei Wochen. Längere Beschäftigungszeiten sollten die Ausnahme sein. In zahlreichen großen Unternehmen sind sie jedoch zur Regel geworden. Vor allem die Automobil- und deren Zulieferindustrie hat Zeitarbeit geplant: Bis zu 30 Prozent der Belegschaft wurden als Zeitarbeiter oder über Werkverträge jahrelang beschäftigt. Die Gewerkschaften hatten eine Zwei-Klassen-Arbeitnehmerschaft kritisiert. Wohlgermerkt, es handelt sich dabei um wenige große Unternehmen. Wie Zeitarbeit bei großen Unternehmen aber auch funktioniert, zeigt Volkswagen in Mosel. Aufgrund der großen

Nachfrage nach Passat und Golf war der Arbeitskräftebedarf enorm. Er wurde zunächst über Zeitarbeiter abgedeckt. Die meisten von ihnen wurden in den letzten Jahren nach einer gewissen Frist fest eingestellt. Durch den Abgasskandal und die Einstellung der Phaeton-Produktion müssen mittlerweile jedoch Kosten eingespart werden. Rund 600 Leiharbeiter und befristet eingestellte Mitarbeiter müssen deshalb gehen. Das ist bedauerlich, aber so funktioniert Zeitarbeit.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles will nun bessere Bedingungen für Zeitarbeit schaffen. Die SPD-Politikerin hat deshalb ein neues Gesetz erarbeiten lassen. Ziel ist es, die Unternehmen zu zwingen, Leiharbeiter nur kurze Zeit zu beschäftigen - oder fest einzustellen. Nahles will nach eigenen Angaben die Werkverträge nicht abschaffen, aber sie wolle, dass diese sauber seien und nicht massenhaft missbräuchlich eingesetzt würden - „nicht nur in der Fleischindus-

trie, sondern leider auch in der Metallindustrie und anderen Branchen“. Die SPD-Politikerin unterstellt den Firmen damit bundesweit einen Massenmissbrauch.

Der erste Gesetzentwurf war heftig umstritten. Nicht nur Wirtschaft und Arbeitgeberverbände protestierten dagegen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte öffentlich bemängelt, dass der Entwurf über die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags hinausgehe und im Dialog mit den Sozialpartnern überarbeitet werden müsse. Hauptkritikpunkt war ein Kriterienkatalog möglicher Missbrauchstatbestände. Der hätte nach Ansicht der Arbeitgeber sehr viele Unternehmen grundlos dem Verdacht des Missbrauchs von Werksverträgen ausgesetzt.

Das neue Gesetz enthält nun lediglich eine allgemein formulierte Definition des Arbeitnehmerbegriffs. Damit wird klargestellt, was die wesentlichen Merk-

male eines Arbeitsverhältnisses sind. Wie sieht nun der neue Gesetzentwurf aus? Künftig sollen Zeitarbeiter nur noch maximal 18 Monate am Stück in einem Betrieb eingesetzt werden dürfen, damit sie kein Stammpersonal verdrängen. Außerdem sollen sie nach neun Monaten den gleichen Lohn erhalten wie vergleichbare Stammarbeitskräfte. Theoretisch ist das jetzt schon möglich. Es wurde in tariflichen Regelungen festgeschrieben. Ein Gesetz für alle Branchen und Mitarbeiter gab es jedoch bislang noch nicht.

Unterm Strich bedeutet das: Öffnungsklauseln lassen einige Lockerungen zu. Doch das neue Gesetz nimmt den Unternehmen die Flexibilität in einer Zeit, wo längerfristige Planung kaum möglich ist und kurzfristige Aufträge an der Tagesordnung sind. Eine Lösung für Unternehmen und Leiharbeiter ist es jedenfalls nicht!

Ziel ist es Leiharbeiter nur kurze Zeit zu beschäftigen - oder fest einzustellen.

Unbequem & streitlustig

AMLD-Mitgliedsfirmen im Porträt

AMLD-Gründer Hilmar Steinert

Bequem mag es Malermeister Hilmar Steinert maximal nach Feierabend, am liebsten mit einem guten Wein. Tagsüber jedoch muss es vorwärtsgehen. Nur Ergebnisse zählen. Stillstand mag der 65-Jährige überhaupt nicht. Mit dieser Einstellung hat er sein Unternehmen entwickelt und überhaupt sein bisheriges Leben gestaltet und dabei so manche Hürde gemeistert. 1976 hatte er die von seinem Vater die 1949 gegründete Malerfirma in Limbach-Oberfrohna übernommen. Ende der 1980er Jahre beschäftigte er neun Mitarbeiter.

Doch zu DDR-Zeiten war das Unternehmertum verpönt. Und die vielen staatlichen Reglementierungen hemmten den Umtriebigen. Deshalb entschloss sich Steinert 1989 zur Flucht über Ungarn nach Westdeutschland. Trotz Mauerfall blieb Steinert noch 5 Jahre im Westen wohnen und baute über die Woche in den Neuen Ländern eine Existenz auf. Er arbeitete beim größten europäischen Malerbetrieb Heinrich Schmid als Geschäftsführer. Im Jahr 2003 trennten sich die Wege von Schmid und Steinert. Trotzdem haben Dr. Carl-Heiner Schmid und Hilmar Steinert heute noch ein sehr gutes Verhältnis und tauschen sich aus.



In seiner Heimat Limbach-Oberfrohna gründete er die Malerwerkstätten Hilmar Steinert GmbH & Co. KG.

Das 80 Mitarbeiter zählende Unternehmen betreut beispielsweise Firmen wie Audi, die Deutsche Telekom, Lufthansa und Adidas. Ein zweites Standbein ist die Produktion von speziellen Bodenbelagsplatten.

Der gesellige Unternehmer hat einen großen Freundeskreis, zu dem unter anderem auch Prominente wie der Münchner Sternekoch Alfons Schuhbeck oder der

ehemalige Chefsprecher der Nachrichtensendung „Tagesschau“, Jo Brauner, gehören. Seine Devise ist Netzwerkpflge. So ist Steinert auch Präsidiumsmitglied in der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft VSW in Dresden und Stadtrat in Limbach-Oberfrohna.

Mit einigen Gegebenheiten will er sich aber auch jetzt nicht abfinden. „Es kann nicht sein, dass ein Bundesinnungsverband und Gewerkschaft die Rahmenbedingungen für die Firmen nach Gutsherrenart festlegen und sich dabei noch die

Posten zuschieben.“ Deshalb hat er mit Gleichgesinnten den Arbeitgeberverband für Maler und Lackierer Deutschlands (AMLD) gegründet. Ziel ist es, bessere Bedingungen für die Unternehmen und Mitarbeiter zu erstreiten. Dazu gehört die Abschaffung oder zumindest Reform der Urlaubskasse – die seit ein paar Monaten Malerkasse heißt. Für diese Vorhaben hofft Steinert auf viele AMLD-Mitglieder, damit der AMLD gleichwertiger Partner für die Gewerkschaften werden und Tarifbedingungen aushandeln kann.

Meldungen

Handwerksbetriebe stärken

► Der Sächsische Handwerkstag hat die Politik aufgefordert, mehr für ein investitionsfreundliches Umfeld zu sorgen. „Offensichtlich liegt es nicht nur an der boomenden Binnenkonjunktur, sondern auch an den Rahmenbedingungen, wenn sich unternehmerisch begabte Menschen eher für eine abhängige Beschäftigung entscheiden“, sagte der Präsident des Sächsischen Handwerkstages, Roland Ermer. Probleme bereiten demnach „Arbeitskosten, die aus dem Ruder zu laufen, sowie bürokratische Auflagen, die die Grenzen des Zumutbaren zu sprengen drohen“.

Bildungsmonitor: Sachsen ganz vorn

► Beim Bildungsmonitor 2016 ist Sachsen erneut als Sieger hervorgegangen. Der Verband der sächsischen Wirtschaft fordert dabei, dass sich der Freistaat mit seiner Bildungspolitik am internationalen Spitzenniveau orientiert. „Nur so haben unsere Kinder eine Chance in einer globalisierten Welt“, sagte VSW-Präsident Dr. Jörg Brückner. Und nur so würden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass auch künftig in Sachsen kluge Köpfe als Facharbeiter, Meister oder Ingenieure innovative Produkte und Dienstleistungen „made in Saxony“ entwickeln.

Ein ganzer Tag nur für das Handwerk

► Unter dem Motto „Die Zukunft ist unsere Baustelle“ findet am 17. September der Tag des Handwerks statt. Handwerksorganisationen und Betriebe werden in ganz Deutschland die bunte Vielfalt der mehr als 130 Handwerksberufe präsentieren und zum Mitmachen, Ausprobieren und Miterleben einladen. Viele Unternehmen stellen sich an diesem Tag besonders auf die jungen Leute ein und wollen ihn nutzen, um Berufsnachwuchs zu gewinnen.

Impressum

Herausgeber

Arbeitgeberverband für Maler und Lackierer in Deutschland e. V.
Bautzner Straße 17 · 01099 Dresden
Telefon: 03443 - 338 20 61
Telefax: 03443 - 338 20 62
E-Mail: info@amld.de
Internet: www.amld.de

Verantwortlich

Torsten Gerlach
(Vorstandsvorsitzender)

Druck

Druckerei Billig OHG
www.druckereibillig.de